



## Knatsch um dunkle Vergangenheit

**Sammlung Bührlé** Ihre Geschichte sollte aufgearbeitet werden. Dabei kam es zu Differenzen, wie die WOZ schreibt.

### Andreas Tobler

Ein «international vorbildhaftes Projekt zum Umgang mit einer politisch «belasteten» Kunstsammlung» sollte es werden – die Aufarbeitung der Geschichte der Kunstsammlung von Emil Georg Bührlé, die ab Ende 2021 im Neubau des Zürcher Kunsthauses zu sehen sein soll. Als belastet gilt die Sammlung, weil Bührlé sein Vermögen mit dem Verkauf von Waffen gemacht hat, unter anderem mit der Aufrüstung von Nazi-Deutschland.

Insgesamt 180'000 Franken standen für das Forschungsprojekt zur Verfügung, um die Geschichte der Bührlé-Sammlung aufzuarbeiten. An ihr beteiligt waren Matthieu Leimgruber, Professor an der Universität Zürich, und bis vor kurzem auch noch der Historiker Erich Keller.

Trotz Versicherung des Zürcher Stadtrates, «von keiner Seite Einfluss» auf die Forschung zu nehmen, kam es anders: Wie die «Wochenzeitung» in ihrer morgigen Ausgabe berichtet, haben die Stadt Zürich und die Bührlé-Stiftung «zahlreiche Änderungsvorschläge» eingebracht.

Streit gab es unter anderem um Bührlés Einsatz beim Freikorps, der nach dem Ersten Weltkrieg Demonstrationen und Aufstände von Kommunisten niederschlug. Lukas Gloor, Direktor der Bührlé-Sammlung, wollte das Wort «Freikorps» in diesem Zusammenhang nicht lesen. «Freikorps ist, wie Sie wissen, ein zutiefst belasteter Begriff», schrieb Gloor dem Leiter der wissenschaftlich unabhängigen Studie.

Die Verwendung dieses Begriffs rücke Bührlé in die Nähe

der äusseren Rechten. Daher forderte Gloor dazu auf, ihn wegzulassen, wobei er sich bewusst war, dass er eine Grenze überschritt: «Bitte verzeihen Sie, wenn ich mich mit meinen Äusserungen in Ihre Arbeit ungebührlich einzumischen scheine», wird Gloor in der WOZ zitiert.

### Kulturdirektor: «Weglassen»

An einer zweiten Stelle geht es um die Einordnung einer Auslassung Bührlés gegenüber dem «Nebenspalter»: Die Satirezeitschrift, die zahlreiche jüdische Künstler beschäftigte, hatte ihn schlafend zwischen Geldsäcken gezeichnet, worauf der Waffenfabrikant dem «Nebenspalter» schrieb, er solle nach Oerlikon kommen: «Vielleicht vergeht dir dann die fratzenhafte jüdische Vorstellung, die du von einem Industriellen zu haben scheinst.»

## Das Wort «Freikorps» und die Formulierung «antisemitischer Ausfall» wurden gestrichen.

Die Verbindung von Marxismus und Judentum sei ein virulenter Topos der Zeit gewesen, hiess es in einer ersten Fassung der wissenschaftlichen Bührlé-Studie; sein Brief an den «Nebenspalter» sei als «antisemitischer Ausfall» zu werten. Diese Wertung wollte Gloor gestrichen haben.

An einer dritten Stelle wurde

Peter Haerle, Kulturdirektor der Stadt Zürich, aktiv: Jüdinnen, weibliche Sinti und Roma, die ins Konzentrationslager Ravensbrück deportiert wurden, mussten für die Firma Oerlikon-Bührle Waffen produzieren. In einer Passage der Studie wurden gemäss WOZ diskutiert, «was Bührlé von dieser Zwangsarbeit gewusst haben könnte». Das wird von Haerle in einer Randbemerkung als «extrem spekulativ!» kritisiert. «Weglassen», fordert er deshalb.

Bei allen drei Stellen wurde den Forderungen der Auftraggeber Folge geleistet. So wurde das Wort «Freikorps» und die Formulierung «antisemitischer Ausfall» gestrichen. Zudem sei die Passage zur Zwangsarbeit «kürzer gehalten» worden, schreibt die WOZ.

Matthieu Leimgruber findet die Kritik an den Änderungen gesucht: Die Gewinne aus Zwangsarbeit seien schon bekannt gewesen und würden im Text auch erwähnt. Ob Bührlés Verweis auf das Klischee des jüdischen Industriellen schon antisemitisch ist, findet Leimgruber nicht eindeutig. Er habe die Einordnung deshalb weggelassen, heisst es in der WOZ.

Peter Haerle verteidigt seine Eingriffe in die Arbeit der Historiker damit, dass es sich bei seinen Anmerkungen bloss um Anregungen gehandelt habe. «Ob die Autorenschaft sie übernimmt oder nicht, bleibt immer ihr Entscheid», wird Haerle zitiert.

### Uni setzt Kommission ein

An die Öffentlichkeit kamen die Vorwürfe gegen die Stadt Zürich



und die Bühle-Stiftung, weil der Historiker Erich Keller, der an der Studie beteiligt war, sich mit Leimgruber zerstritten hatte – und schliesslich seinen Namen zurückzog: «Ich kann und will nicht für eine Studie stehen, die nicht Ergebnis einer freien und offenen Forschung ist», lässt sich Keller von der WOZ zitieren.

Die Universität Zürich soll mittlerweile reagiert haben: Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, um die Qualität des Forschungsprojekts zu überprüfen.